

9. / 10. 1917

Gegen das Berlin-Wiener sozialdemokratische Friedensrezept erhebt ein Wiener Blatt, die „Reichspost“, Widerspruch, der um so beachtlicher erscheint, als dieses christlich-soziale Blatt dem ermordeten Erzherzog-Thronfolger nahestand und zu dem heutigen Minister des Äußern Grafen Czernin, der zu dem intimen Kreise des Erzherzog-Thronfolgers gehörte, mittelbar Beziehungen hat. Die „Reichspost“ tritt ausdrücklich der Annahme entgegen, als ob sich die Sozialdemokratie mit ihrem Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigung auf den Grafen Czernin berufen könne, dessen Erklärung sich nur auf einen Friedensschluß mit Rußland bezogen habe und keineswegs besage, daß alle kriegsführenden Mächte auf jede Gebietserweiterung und Kriegsschädigung grundsätzlich verzichten sollen. Das Wiener Blatt sagt:

Den Italienern, Serben und Rumänen einen Freibrief auszustellen und den Büßern Oesterreichs zu verkünden, daß sie die ungeheuren Kosten des ihnen aufgezwungenen Krieges selber bezahlen müßten, liegt weder eine Veranlassung noch auch die geringste Reizung vor. Die sozialdemokratischen Organe in Berlin und München versteigen sich soweit, der Berliner Politik mit einem Durchbrechen der diplomatischen Einheitsfront und mit einem Widerstande des österreichisch-ungarischen Verbündeten zu drohen. Nach dreijähriger Kameradschaft in Not und Tod, Freude und Sieg, nach den zahllosen Rundgebungen von der Art des jüngsten Depeschwechsels sollte, wenn es das Verantwortungsgefühl nicht vermag, schon der Geschnack verhüten, mit Gedanken und Vorstellungen, wie den angedeuteten, auch nur zu spielen.

Da zweifellos die „Reichspost“ die Auffassung des Grafen Czernin wiedergibt, so ist dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Adler, jedes Recht entzogen, sein Friedensziel mit dem der Regierung Oesterreichs in Uebereinstimmung zu bringen. Nun bleibt nur die Frage noch offen, ob und inwieweit der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Scheidemann, beanspruchen darf, scheinbar im Namen der deutschen Regierung für seine internationale Kriegszielpolitik zu agitieren.